

Schichtdienstbelastungen kompensieren

Schichtdienst macht krank! Diese Tatsache ist längst wissenschaftlich bewiesen, und alle Bemühungen, die Belastungen zu minimieren, stoßen an natürliche Grenzen. Gesunden Schichtdienst gibt es eben nicht. Sehr wohl ist aber zu konstatieren, dass Belastungen durch täglich wechselnde Dienste individuell sehr unterschiedlich wahrgenommen werden.

Die individuell unterschiedliche Verträglichkeit spielt neben anderen Faktoren, zum Beispiel die Verfügbarkeit von Tagesdienststellen, eine entscheidende Rolle, wie lange jeder Einzelne in seinem Berufsleben tatsächlich Schichtdienst versieht. Fakt ist aber, dass es zu einer einzelfallbezogenen Beurteilung von Lebensarbeitszeit kommen muss.

Hierzu hat längst eine Arbeitsgruppe zusammengesessen und verschiedene Modelle erarbeitet, wie man langjährig Schichtdienstleistenden Kompensationen verschaffen könn-

te. Im Wesentlichen wurden die Faktoren der wöchentlichen Arbeitszeit und des Eintritts in den Ruhestand geprüft.

Für die DPoIG ist klar, dass nach Prüfaufträgen und Absichtserklärungen die Umsetzung kommen muss. Sobald sich die Personallage etwas konsolidiert hat und die Neueinstellungen den Einzeldienst verstärken, soll in einem ersten Schritt etwas für diejenigen getan werden, die mehr als 20 Jahre Schichtdienst versehen. Wir gehen davon aus, dass der Innenminister hierfür in der Regierungskoalition die erforderliche Rückendeckung organisiert hat, um noch vor den Wahlen eine verbindliche Weichenstellung hinzubekommen.

Allerdings ist schon auf den ersten Blick erkennbar, dass der Teufel im Detail liegt. Selbstverständlich müssen klassischer Wechselschichtdienst und „Pooldienst“ weiterhin gleichgestellt bleiben, weil die Belastungen vergleichbar sind. Aber es wird auch Schwerpunktdienststellen geben, die vergleichbar hohe Nachtdienstbelastungen haben. Sollbruchstellen dürfen nicht zu erkennbar ungerechten Betrachtungsmaßstäben führen.



> Torsten Gronau,
Landesvorsitzender

Die tatsächliche Belastung und nicht die in SP Expert eingestellte Dienstform muss entscheidend sein.

Aber, und das ist wichtig, auch die Kehrseite der Medaille muss betrachtet werden. Kompensationen für lange Schichtdienstbelastungen dürfen kein Anreizsystem werden, um noch länger Schichtdienst machen zu wollen. Der Gesundheitsschutz ist auch Vorgesetztenverpflichtung. Hier entscheidet sich für die DPoIG die Glaubwürdigkeit eines verlässlichen Gesundheitsschutzes in der Landespolizei. Wer lange Schichtdienst versehen hat, der hat einen Anspruch, dass Vor-

gesetzte sich um eine gesundheitlich passendere Dienstverrichtung kümmern und man nicht wartet, bis Menschen krank werden. Es wird Kolleginnen und Kollegen geben, die auch nach 20 Jahren im Schichtdienst diese Form der Arbeit für sich als erstrebenswert erachten oder schlichtweg ihr Leben darauf eingestellt haben. An dieser Stelle sehen wir ein hohes Maß an Eigenverantwortung bei jedem einzelnen Mitarbeiter, bei jeder Mitarbeiterin. Aber es sollte ein Standard sein, dass nachvollziehbar und regelmäßig Gespräche zwischen Dienststellenleitung und betreffendem/r Beamten oder Beamtin geführt werden, bei dem nach längerer Zeit im Schichtdienst auch die Frage der weiteren Verwendung erörtert wird und auch Wünsche nach anderer Verwendung wegen einsetzender Unverträglichkeit schriftlich fixiert werden.

Die DPoIG wird sich dafür einsetzen, dass die verlässlichen Rahmenbedingungen für Schichtdienstkompensationen noch in dieser Legislaturperiode geschaffen werden. Der Innenminister ist am Zug!

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Sven-Erik Haase
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0173.6101705
E-Mail: sven-erik.haase@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841

Das Märchen vom Ende der Stellenstreichungen

Nach dem jahrelangen Stellenabbau bei der Polizei scheint nun endlich eine Kehrtwende in Sicht. Über 400 Einstellungen dieses Jahr, alleine in Schleswig-Holstein. Jupheidi. Es wird dabei allerdings gerne mal vergessen, dass den politischen Phantasien von einem „schlanken Staat“ in den letz-

ten zwanzig Jahren bundesweit bereits mehr als 15 000 Stellen im Polizeidienst zum Opfer gefallen sind. Wenn jetzt wieder mehr Polizisten eingestellt werden, ist das also kein Grund zum Jubeln, sondern angesichts der in den nächsten Jahren bevorstehenden Pensionierungen lediglich die Ge-

währ, dass sich die katastrophale Personalsituation in der Landespolizei Schleswig-Holstein nicht noch weiter verschlechtert. Mehr nicht. Wer sich jetzt ernsthaft über die „zusätzlichen“ Einstellungen freut, scheint auch vergessen zu haben, dass die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Hol-

steins mit ihren Steuern für eine sachlich und personell gut ausgestattete Landespolizei bereits in Vorkasse getreten sind. Sie würden also lediglich das bekommen, wofür sie ohnehin schon bezahlt haben. Bekommen sie aber nicht. In Wirklichkeit sogar noch viel weniger, denn von einer auskömmlichen Personalausstattung der Polizei kann längst keine Rede mehr sein. Daran ändern auch die aktuellen „zusätzlichen“ Einstellungen nichts. Zugegeben, das Land war in den 1990ern so gut wie pleite – aber das lag bestimmt nicht daran, dass Schleswig-Holsteins Polizisten besonders großzügig besoldet worden wären oder anderweitig sinnlos Steuergelder verprasst hätten. Das Gegenteil ist der Fall: Die heute dringend benötigte zweite Einsatzhundertschaft sowie zahlreiche kleinere und mittlere Dienststellen wurden eingestampft, die freie Heilfürsorge ist schon lange nicht mehr frei und das Weihnachtsgeld ist ... naja ... lassen wir das.

Doch nicht nur die Bürger bekommen die faktischen Perso-

nalprobleme zu spüren, wenn sie eine gefühlte Ewigkeit auf einen Streifenwagen warten müssen (falls überhaupt einer kommt), den öffentlichen Straßenverkehr wegen mangelnder Kontrollsdichte als zunehmend gefährlich empfinden oder bei der Einbruchprävention für ihre Wohnung ausschließlich auf private Unternehmen angewiesen sind. Vielen Polizeidienststellen stehen weniger als 90 Prozent des Personals zur Verfügung, das rechnerisch erforderlich wäre, um nur die nötigsten Aufgaben erfüllen zu können. Im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit sind die Zahlen übrigens noch ernüchternder. Sie findet

faktisch kaum noch statt. Viel wichtiger als Zahlen sind uns allerdings die Menschen, die das politische Unvermögen der letzten Jahre ausgleichen müssen. Die haben schon lange nicht mehr das Gefühl zu arbeiten, um zu leben, sondern zu leben, um zu arbeiten. Unsere Polizeibeamtinnen und -beamten geben alles, um den „Laden“ einigermaßen am Laufen zu halten. Spaß macht das alles nicht mehr. Viele Millionen Überstunden, die nicht abgebaut werden können, ohne dass ein paar Dutzend Streifenwagen in der Garage bleiben müssen, sprechen da ihre eigene Sprache. Wenn also aktuell in der Zeitung steht, dass



mehr Polizisten eingestellt werden, ist zwar richtig, dass mehr Polizisten als in den Jahren vorher eingestellt werden – aber das heißt nicht, dass auch alles besser wird.

Im Gegenteil. Die aktuellen „Mehreinstellungen“ werden mit viel Glück gerade so ausreichen, um die Pensionierungen der starken Jahrgänge in den nächsten Jahren zu kompensieren. Da nützt es auch nichts, wenn

man eine hübsche rote Schleife drumbindet und das ganze der Öffentlichkeit als einen Erfolg verkauft. Die Politik hat jahrelang ihre Hausaufgaben nicht erledigt und erwartet jetzt ernsthaft Beifall dafür, dass sie endlich zaghafte Versuche unternimmt, damit anzufangen? Das ist lächerlich. Vierhundert Einstellungen pro Jahr werden hinten und vorne nicht reichen, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Damit ist der Personalabbau nur vorläufig gebremst, aber noch lange nicht beendet.

*Sebastian Krause,
Kreisverband
Segeberg-Pinneberg*

Postbank verärgert ältere Kunden

Der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, hat den Umgang der Postbank mit älteren Kunden bei Überweisungsgebühren kritisiert.

Im Jahr 2015 sei Postbank-Kunden über 60 Jahren die Befreiung von dem damals eingeführten „Entgelt für beleghafte Aufträge“, einer Gebühr von 99 Cent pro handschriftlich ausgefülltem und in Papierform eingereichten Bankauftrag, in Aussicht gestellt worden. Nach der

Einführung einer neuen Kontoführungsgebühr werde diese Befreiung nun abgelehnt. „Die Begründung, die Kosten seien mit der Kontoführungsgebühr nicht abgedeckt, ist vollkommen unlogisch“, sagte Speck am 16. November 2016 in Berlin. „Die Postbank handelt offensichtlich nach

dem Motto ‚Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern.‘“ Besonders die Generation 70plus sei wenig internetaffin und stehe gerade deshalb oft über Jahrzehnte hinweg treu zu einer Marke mit persönlichem Kundenservice. „Das hätte die Postbank bei ihrer Entscheidung berücksichtigen müssen“, so Speck, der ebenfalls kritisiert, dass auch andere Banken wie die Commerzbank oder die Sparkassen eine entsprechende Gebühr bereits eingeführt haben oder einführen wollen. Zu er-

warten gewesen wäre genau das Gegenteil, stellte der Chef der dbb Senioren weiter fest: Die zum 1. November 2016 eingeführte Kontoführungsgebühr hätte erst recht eine Befreiung von dem Entgelt für beleghafte Aufträge nahegelegt, das Senioren als altersdiskriminierende „Strafgebühr“ empfinden. Speck forderte die Postbank auf, ihre Entscheidung zugunsten älterer Bankkunden zu korrigieren.

*Quelle: AiR 12/16
Ernst Meißner*



Informationsveranstaltung TASER

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung der DPoIG Schleswig-Holstein und der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft am 21. November 2016 in Neumünster konnten sich die Zuschauer ein Bild über das Elektroimpulsgerät der Firma TASER machen.

Torsten Gronau begrüßte die interessierten Gäste, insbesondere Herrn Dr. Bernstein (CDU) und Lars Harms (SSW). Er bedauerte aber auch, dass kein Vertreter des Innenministeriums und der Polizeiführung Interesse an der Veranstaltung zeigte. Bei einem Einsatz in Wrist wurde ein Schusswaffengebrauch erforderlich, da ein mit einem Messer bewaffneter Mann mit Pfefferspray und Schlagstock nicht zu stoppen war. Torsten Gronau machte anhand dieses Beispiels deutlich, dass eine Lücke zwischen Pfefferspray und Schlagstock auf der einen Seite besteht. Diese

Lücke könnte durch ein Elektroimpulsgerät geschlossen werden.

Auch Heiko Teggatz als Vertreter der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft begrüßte die Gäste. Neben dem Vertreter des Leiters der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt waren weitere Kollegen der Bundespolizei der Einladung gefolgt.

Auch Heiko Teggatz betonte, dass die bestehende Lücke in der Kette der Einsatzmittel geschlossen werden müsse. Durch einen Vertreter der Firma TASER wurde in einem fast zweistündigen Vortrag die Funktion und Wirkungsweise



> Torsten Gronau

des Distanz-Elektroimpulsgerätes vorgestellt. Unter anderem machte er deutlich, dass der TASER eine der am meisten geprüften Waffen der Welt ist. Der Einsatz wird bereits vom Einschalten des Gerätes an aufgezeichnet. Diese Aufzeichnung kann vom Nutzer auch nicht manipuliert oder gelöscht werden.

Insbesondere ist hervorzuheben, dass die Wirkung durch Alkohol, Drogen oder einfach die Widerstandsfähigkeit eines Menschen nicht beeinträchtigt wird. Ganz anders als beim Einsatz von Pfefferspray und Schlagstock. Es wurde aber auch deutlich gemacht, dass der TASER kein Allheilmittel ist. Er kann nur als ein Teil der Kette von Einsatzmitteln sein. Im Einsatztraining muss trainiert werden, dass der Partner ein

alternatives Einsatzmittel bereithält.

Es bleibt festzustellen, dass das Distanz-Elektroimpulsgerät bereits in sehr vielen Ländern zur Ausstattung der Polizei gehört. In der Schweiz und in Großbritannien sind seit der Einführung die Angriffe auf Polizeibeamte drastisch zurückgegangen. Meistens reicht dort die Androhung, ohne dass es wirklich zu einem Einsatz kommen muss. Die DPoIG Schleswig-Holstein fordert seit langem



> Heiko Teggatz

die Ausrüstung von Streifenbeamten mit einem Distanz-Elektroimpulsgerät. Die Sinnhaftigkeit dieser Forderung wurde durch die Informationsveranstaltung noch einmal deutlich.

*Sven-Erik Haase,
Kreisverband Itzehoe*



© TASER

Leserbrief: Zum Polizeispiegel 12/2016

Wenn ich die zwölfte Ausgabe des Jahres 2016 im Ganzen betrachte, vom Leitartikel des Bundesvorsitzenden angefangen, der im Grunde davon handelt, dass Teile der Justiz dabei

sind, das Recht auszuhöhlen, über den Beitrag zum Thema „ACAB“, die „Ansichten eines Landtagsabgeordneten zur Rechtsstaatlichkeit“ bis zum Artikel „JUSOS ... Bremerhaven

fordern Streifenpolizisten ohne Waffen“ (beide im Landesteil SH) und weiter den in den Zeitungen des SHZ am 6. Dezember 2016 veröffentlichten Beitrag „Alkohol, sexuelle

Belästigung: Neue Vorwürfe gegen Eutiner Polizeischule“, in dem Herr Dr. Breyer von der Piratenfraktion auf die von ihm bekannte Art und Weise gegen die Polizei und ihre Führung



polemisiert, fällt mir automatisch das bekannte Zitat von Heinrich Heine aus dem Jahr 1844 ein: „Denk ich an Deutschland in der Nacht / Dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Die Phänomene, die in den aufgezählten Artikeln deutlich werden, sind nach meiner Überzeugung Symptome einer gesellschaftlichen Entwicklung, die dazu beiträgt, dass ich mehr denn je von der Richtigkeit der Entscheidung meiner beiden Töchter überzeugt bin, nicht den Polizeiberuf zu ergreifen.

Man kann es auch drastischer mit dem Satz eines mittlerweile verstorbenen Kollegen ausdrücken: „Die Gesellschaft ist es einfach nicht wert, dass man den A... für sie hinhält!“

Vor solchem gesellschaftlichen Hintergrund muss es denn auch nicht verwundern, dass die Gewalt gegen Polizeibeamte immer mehr zunimmt. Da können wir noch so sehr an unserem Erscheinungsbild arbeiten, auf einheitliche Dienstbekleidung achten und weiße Mützen aufsetzen. Ein einziges Urteil vom Typ „ACAB“ zerstört mehr, als mit allen solchen

Maßnahmen erreicht werden kann, signalisiert es doch unserem Gegenüber, dass man Polizisten ungestraft beleidigen kann. Von der Beleidigung zur Handgreiflichkeit ist es dann oftmals nicht weit. Bereits bei der Ahndung von einfachen Verkehrsordnungswidrigkeiten muss man bisweilen „Diskussionen“ führen, die sich verbal wie inhaltlich im Grenzbereich zur Beleidigung bewegen. Da wir es in diesen Fällen meistens mit sogenannten „Normalbürgern“ zu tun haben, kann man hieran bereits ablesen, wie weit der bedauerliche Mangel an Respekt bereits in der Gesellschaft vorgedrungen ist.

Es ist im Übrigen eine interessante Überlegung, ob das Urteil inhaltlich gleich ergangen wäre, wenn sich die Aussage auf eine andere Bevölkerungsgruppe, beispielsweise eine Gruppe Ausländer oder eine Religionsgemeinschaft, bezogen hätte.

*Uwe Siemßen,
Itzehoe*

Es handelt sich um die Meinung des Verfassers

DPolG-Kreisverbandsversammlung Segeberg-Pinneberg

am 24. November 2016 in Alveslohe

Der Vorstand des Kreisverbands Segeberg-Pinneberg hatte zur Versammlung auf Gut Kaden eingeladen, um seinen Mitgliedern für die im letzten Zeitjahr geleistete Gewerkschaftsarbeit Rede und Antwort zu stehen. Eines der prägendsten Themen 2016 war die Einführung der Beauftragten für die Landespolizei. Weil es hier nicht nur diffuse Ressentiments, sondern auch viele offene Fragen gab, haben wir die „Polizeibeauftragten“ einfach eingeladen und freuen uns, dass Frau von Petersdorff und Frau El Samadoni der Einladung gefolgt sind. Sie haben alle – teils auch sehr kritischen – Fragen geduldig beantwortet, wofür wir unseren schuldigen Dank abstatten. Ein Dankeschön geht auch an unseren Landesvorsitzenden Torsten Gronau für seine persönlichen Grußworte. Besonders gefreut hat uns die Notiz, dass Segeberg-Pinneberg wieder der mitgliederstärkste DPolG-Kreisverband in Schleswig-Holstein ist. Eine große blaue Familie bedeutet aber auch mehr Arbeit. Deshalb wurde Mareike Linse einstimmig als Beisitzerin in den Vorstand nachgewählt, womit ihr bisher geleistetes ehrenamtliches Engagement für die DPolG nun auch formal angepasst ist.

*Sebastian Krause,
Kreisverband Segeberg-Pinneberg*

© DPolG S-H

Weihnachts- und Silvesteraktionen der DPolG

Anlässlich der Weihnachtssdienste hat der Vorstand des DPolG-Kreisverbands Segeberg-Pinneberg wieder ein besonderes Augenmerk auf die Kolleginnen und Kollegen geworfen, die zu Zeiten Dienst schieben mussten, an denen man lieber mit seiner Familie und Freunden zu Hause gefeiert hätte.

Am Heiligabend wurden daher alle Dienststellen im Bereich der PD Segeberg besucht. Es wurden insgesamt 20 bunte Teller, befüllt mit den verschiedensten Leckereien, an die Kollegen über-

geben, um den Dienst an diesem Tag vielleicht doch etwas „süßer“ zu gestalten.

Im Bereich der PD Itzehoe wurden die nachdienstleistenden Kollegen und Kolleginnen in der Silvesternacht, wie bereits in den Vorjahren, wieder mit prall gefüllten Naschkörben bedacht.

Wir wünschen einen guten Start ins neue Jahr 2017!

*Frank Hesse,
Stellvertretender
Landesvorsitzender*



> Weihnachtsaktion des KV Segeberg-Pinneberg und Silvesternaschkörbchen der PD Itzehoe

© DPolG S-H (2)